



© DBB NRW

Frauenförderung: Alles zurück auf Anfang!

Landtag beschließt Rückkehr zur alten Regelung der Frauenförderung

Der Deutsche Beamtenbund Nordrhein-Westfalen unterstützte bei der Sachverständigenanhörung die von CDU und FDP implementierte Gesetzesänderung zur Frauenförderung – jedoch nur als einen ersten Schritt. Gleichzeitig stellte er in einer neuen Broschüre Verbesserungsvorschläge zur Beseitigung der Benachteiligung von Frauen im öffentlichen Dienst vor.

„Gute Richtung, aber ...“ – so lässt sich das Fazit des DBB NRW bezüglich der von CDU und FDP eingebrachten Gesetzesänderung zusammenfassen. Mit der Verabschiedung des Gesetzes wurde die im Sommer 2016 von der damaligen rot-grünen Landesregierung eingebrachte Regelung wieder zurückgenommen.

„Das begrüßen wir als DBB NRW, weil damit ein rechtssicherer Zustand wieder hergestellt wird und dadurch wieder Ruhe in den nordrhein-westfälischen Behörden einkehren kann“, erklärte **Roland Staude**,

1. Vorsitzender des DBB NRW. Er machte aber gleichzeitig deutlich, dass dies nur ein erster Schritt sein kann, da er die Benachteiligung von weiblichen Beschäftigten im öffentlichen Dienst nicht behebt.

Broschüre „Geschlechtergerechtigkeit im Öffentlichen Dienst in NRW“

Der nordrhein-westfälische Beamtenbund begleitet die Debatte rund um die Frauenförderung in Nordrhein-Westfalen bereits von Beginn an intensiv und kritisch. In die-

sem Zuge hatte er in Zusammenarbeit mit einer Projektgruppe der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW auch die Broschüre „Geschlechtergerechtigkeit im öffentlichen Dienst in NRW“ herausgebracht.

Darin wird das Thema zunächst statistisch aufgearbeitet, unter anderem basierend auf den Zahlen des Vierten Landesgleichstellungsberichts. Dabei tritt als ein wichtiger Grund für die Benachteiligung von Frauen die Beurteilung zu Tage. Denn eine exemplarische Analyse zeigt, dass Frauen und Teilzeitbeschäftigte nur selten Spitzennoten bei den Beurteilungen erhalten und infolge dessen auch deutlich seltener befördert werden. Im Ergebnis führt das dazu, dass zwar mehr als die Hälfte der Be-

schäftigten im öffentlichen Dienst inzwischen weiblich ist, ihr Anteil aber mit steigender Besoldungsgruppe stetig abnimmt.

Spätestens anhand dieser Ergebnisse wird auch deutlich, dass die Regelung der ehemaligen rot-grünen Landesregierung nicht nur Rechtsunsicherheiten mit sich gebracht, sondern zudem auch an der falschen Stelle angesetzt hatte. Denn nach dieser Regelung sollten Frauen zwar bereits bei einer „im Wesentlichen gleichen Eignung (...) bevorzugt befördert“ werden, verkannt wurde jedoch, dass Frauen aufgrund der aktuellen Beurteilungspraxis häufig gar nicht erst von den Spitzennoten partizipieren können und der Ansatz entsprechend ins Leere läuft.

2 DBB NRW Vorstand trifft auf Politik

Erste politische Gespräche mit neuer Landesregierung



4 dbb bundesfrauenvertretung

Forderung nach Konzept zur Frauenförderung im öffentlichen Dienst



6 Aus den DBB Kreisverbänden

Neuwahlen in Solingen, Tagung in Kleve, Diskussion in Düsseldorf



Roland Staude: „Maßnahmen müssen bei der Beurteilung ansetzen“

„Wenn wirkliche Verbesserungen im Sinne einer Geschlechtergerechtigkeit erreicht werden sollen, müssen Maßnahmen bei der Beurteilung ansetzen“, erklärte der Landesvorsitzende des DBB NRW. Dabei lassen sich Diskriminierungspotenziale sowohl bei

den Beurteilungskriterien finden, als auch bei deren Gewichtung und dem Verfahren im Allgemeinen.

Die DBB NRW Broschüre greift diese auf und stellt Ansätze vor, wie Benachteiligungen im Beurteilungswesen konkret verringert werden können. Gleichzeitig wird aber auch darauf hingewiesen, dass alle Maßnahmen nur dann ihre

optimale Wirkung entfalten können, wenn flankierend dazu auch eine Sensibilisierung der Führungskräfte für die Problematik mittels Schulungen stattfindet. Zusätzlich ist es zwingend notwendig,

dass die Arbeitsbedingungen familienfreundlicher werden, damit Beruf, Karriere und Familie besser miteinander vereinbart werden können.

JM

Die Broschüre „Geschlechtergerechtigkeit im Öffentlichen Dienst in NRW“ kann über den DBB NRW kostenlos bestellt werden. Senden Sie dafür eine E-Mail mit Ihrem Namen, Ihrer Adresse sowie Ihrer Fachgewerkschaft an presse@dbb-nrw.de.

DBB NRW Vorstand trifft auf Politik

Erste politische Gespräche mit neuer Landesregierung

Direkt nach der Sommerpause im Landtag startete der Deutsche Beamtenbund Nordrhein-Westfalen mit den ersten politischen Gesprächen und war im Ministerium der Finanzen, im Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung sowie beim CDU-Fraktionsvorsitzenden Bodo Löttgen im Landtag.

Den Anfang machte der DBB NRW Vorstand im **Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung Nordrhein-Westfalen**. Im Gespräch mit Ministerin **Ina Scharrenbach** konnten wichtige Themen rund um die Bereiche der Kommune und der Gleichstellung angesprochen werden.

Zu letzterem konnte **Roland Staude**, 1. Vorsitzender des DBB NRW, der Ministerin gleich einige Vorschläge zur Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen und Männern überreichen, nämlich in Form der DBB NRW Broschüre „Geschlechtergerechtigkeit im Öffentlichen Dienst in NRW“.

Gespräch mit der CDU-Fraktionsvorsitzenden

Nur zwei Tage später lud der CDU-Fraktionsvorsitzende **Bodo Löttgen** den Vorstand des Nordrhein-westfälischen Beamtenbundes zum Gespräch in den Landtag ein. Er betonte, dass



Seitens des DBB NRW nahmen am Gespräch teil: Hubert Meyer, Vorstandsmitglied, Mathia Arent-Krüger, Vorsitzende Landesseniorenvertretung, Andreas Hemsing, Vorsitzender der Tariff Kommission, Guido Arens, stellvertretender Vorsitzender, Erich Rettinghaus, Vorstandsmitglied, sowie Moritz Pelzer, Vorsitzender der dbb jugend nrw (von links); Ministerin Ina Scharrenbach und Roland Staude (Bildmitte).



Seitens des DBB NRW nahmen am Gespräch teil: Hubert Meyer, Vorstandsmitglied, Jutta Endrusch, 2. Vorsitzende, Andreas Hemsing, Vorsitzender der Tariff Kommission, Roland Staude, 1. Vorsitzender, Wolfgang Römer, stellvertretender Vorsitzender, Erich Rettinghaus, Vorstandsmitglied, Andreas Bartsch, stellvertretender Vorsitzender, Guido Arens, stellvertretender Vorsitzender (von links); CDU-Fraktionsvorsitzender Bodo Löttgen (5. von links).



Roland Staude und Lutz Lienenkämper

Seitens des DBB NRW nahmen am Gespräch teil: Andrea Sauer-Schnieber, stellvertretender Vorsitzende, Roland Staude, 1. Vorsitzender, Jutta Endrusch, 2. Vorsitzende, Mathia Arent-Krüger, Vorsitzende Landesseniorenvertretung, Andreas Bartsch, stellvertretender Vorsitzender, Marc Kleischmann, Vorstandsmitglied, Elke Stirken, Vorsitzende der Landesfrauenvertretung, Stefan Behlau, Vorstandsmitglied, Hubert Meyers, Vorstandsmitglied, Moritz Pelzer, Vorsitzender der dbb jugend nrw, sowie Erich Rettinghaus, Vorstandsmitglied (von links); Lutz Lienenkämper, Minister der Finanzen Nordrhein-Westfalen (vorne 3. von links).

man die Fehler der letzten gemeinsamen Regierungszeit von CDU und FDP – den öffentlichen Dienst betreffend – nicht wiederholen wolle. Stattdessen werde man Maßnahmen ergreifen, wie die Wertschätzung für die Beschäftigten gesteigert werden kann.

Minister der Finanzen: App zur Einreichung von Beihilfebescheiden

Ähnliche Aussagen zur Beihilfe traf auch **Lutz Lienenkämper**, Minister der Finanzen Nordrhein-Westfalen. Er kündigte zudem die geplante Fertigstellung einer eigenen App zur Einreichung von Beihilfebescheiden bis Ende des Jahres an.

Fortsetzung der Besoldungsgespräche, Optimierung der Beihilfe im bestehenden System

Dazu gehört auch eine geplante Fortsetzung der Besoldungsgespräche sowie das mittelfristige Ziel, eine gute Dotierung des Pensionsfonds zu erreichen. Auch bei der Beihilfe wiederholte der Fraktionsvorsitzende die Aussage aus dem Koalitionsvertrag, dass die Beihilfe im bestehenden System optimiert werden soll, zum Beispiel durch eine Entbürokratisierung der Prozesse.

Darüber hinaus konnte der DBB NRW Vorstand in dem Gespräch noch einige weitere wichtige Themen einbringen, wie zum Beispiel die Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes. In diesem Zusammenhang wurde neben der Besoldung und dem Pensionsfonds auch die Personalsituation im Bildungsbereich, der Finanzverwaltung, der Justiz und im Polizeibereich angesprochen.

JM



Ina Scharrenbach und Roland Staude

Wir machen uns stark für Ihre Gesundheit gesetzlich und privat



Traditioneller Partner des öffentlichen Dienstes

Debeka BKK

Debeka Krankenversicherungsverein a. G.

Debeka – anders als andere

56027 Koblenz
Tel. (02 61) 941 43-0
www.debeka-bkk.de

Landesgeschäftsstellen in Nordrhein-Westfalen

- 44135 Dortmund, Tel. (02 31) 61 01 - 0
- 40210 Düsseldorf, Tel. (02 11) 1 67 06 - 0
- 45894 Gelsenkirchen, Tel. (02 09) 38 64 69 - 0
- 50667 Köln, Tel. (02 21) 20 86 - 0
- 48136 Münster, Tel. (02 51) 48 31 - 0



www.debeka.de/socialmedia

dbb bundesfrauenvertretung und DBB NRW fordern nachhaltiges Konzept zur Frauenförderung im öffentlichen Dienst

Hauptversammlung der dbb bundesfrauenvertretung in Düsseldorf

Die dbb bundesfrauenvertretung und der Deutsche Beamtenbund Nordrhein-Westfalen haben jeweils eine Studie zur Geschlechtergerechtigkeit im öffentlichen Dienst vorgestellt und ein nachhaltiges Konzept zur Frauenförderung im öffentlichen Dienst gefordert.

„Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Untersuchung des DBB NRW zur Benachteiligung von Frauen bei der dienstlichen Beurteilung im öffentlichen Dienst sind richtungsweisend für den gesamten öffentlichen Dienst in Bund und Ländern“, betonten die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, **Helene Wildfeuer**, und der 1. Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, **Roland Staude**, bei einer gemeinsamen Veranstaltung in Düsseldorf.

Der Staatssekretär im Ministerium der Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen, **Dr. Patrick Opdenhövel**, begrüßte die Ansätze der Studie für eine Chancengleichheit im öffentlichen Dienst. „Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist der nordrhein-westfälischen Landesregierung ein wichtiges Anliegen“, betonte Opdenhövel.

„Erfreulich ist, dass Gleichstellung bei der Einstellung be-

reits gelingt. Jetzt geht es darum, auch bei den Beförderungen voranzukommen. Hierfür wird unsere ressortübergreifende Arbeitsgruppe, die die Auswirkungen von Teilzeitbeschäftigungen auf Beurteilungsergebnisse untersucht, wichtige Erkenntnisse liefern. Unser Ziel ist es, gemeinsam mit den Beschäftigten, den Interessenvertretungen und den Gewerkschaften ein zukunftsfähiges Konzept zu erarbeiten, das den Besonderheiten der sehr vielfältigen Verwaltungslandschaft Rechnung trägt. Die heute vorgestellte Studie liefert hier gute Ansatzpunkte.“

„Die Ergebnisse der Studie des nordrhein-westfälischen Beamtenbundes ‚Geschlechtergerechtigkeit im öffentlichen Dienst in NRW‘ decken sich mit unseren Erfahrungen aus dem Bundesdienst und anderen Bundesländern. Die Faktenlage ist eindeutig und nun auch wissenschaftlich belegt. Die dienstliche Beurteilung ist dis-



Der DBB NRW Vorsitzende Roland Staude (Mitte, hinten), der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt (2. v. l.), und die Vorsitzende Helene Wildfeuer (2. v. r.) mit Mitgliedern der DBB NRW Frauenvertretung: Elken Stirken (links), Jutta Endrusch (rechts), Elke Jansen (links, hinten) und Milanie Hengst (rechts, hinten)

kriminierungsanfällig. Insbesondere Teilzeitkräfte und damit vor allem Frauen werden bei der Beurteilung benachteiligt. Das müssen auch die Regierenden in Bund und Ländern endlich zur Kenntnis nehmen und reagieren“, forderte Helene Wildfeuer, die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung.

„Problematische Bewertungskriterien, denen lange Arbeitstage, die Bereitschaft zu Überstunden und eine starke Präsenz in der Dienststelle als Leistungsgedanken zugrunde liegen, müssen dringend neu formuliert werden. Aber auch Vorgesetzte und Beurteilende müssen gezielt in den Blick genommen werden. Frauenförderung muss zur Führungsaufgabe erklärt werden. Dazu gehört es, das Bewusstsein der Beschäftigten von Anfang an für die zugrunde liegende Problematik der dienstlichen Beurteilung zu schulen. Gleichzeitig müssen Gendererfolge zum eigenständigen Bewertungskriterium für Führungskräfte erhoben werden.“

Zahlen belegen Benachteiligung der weiblichen Beschäftigten

„Mit unserer Untersuchung werfen wir einen genauen Blick auf die Situation von Frauen im öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen. Die Zahlen belegen deutlich, dass eine Benachteiligung der weiblichen Beschäftigten stattfindet, und zwar unmittelbar aufgrund des Geschlechts, aber auch mittelbar wegen des oft geringeren Beschäftigungsumfangs“, erklärte Roland Staude, 1. Vorsitzender des DBB NRW. „Gleichzeitig werden in der Broschüre aber auch Beispiele für Diskriminierungspotenziale in aktuellen Beurteilungsrichtlinien aufgezeigt und Anregungen gegeben, wie diese



Blick ins Plenum

FERIENZIELE

DEUTSCHLAND

Bauernhof/Nähe St. Peter-Ording, Kühe, Schafe, Ponys, hofeigener Reitweg, Strand 800 m, kinderfrdl., 4-Sterne FeWo, für 2-6 Pers., Frühstück, Sauna, Hausprospekt! Tel. (04862) 8541 www.rickerts.de



© Friedhelm Windmüller / dbb verlag (3)

Dr. Patrick Opdenhövel, Helene Wildfeuer, Roland Staude (von links)

im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit optimiert werden können.“

Prof. Dr. Lars Oliver Michaelis, Professor für Staats-, Europa- und Beamtenrecht an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen (FHÖV), stellte die Studie als betreuender Dozent des Studierendenprojektes vor, deren Ergebnisse in der Broschüre des DBB NRW zusammengefasst wurden. Dabei stellt auch er fest, dass die entsprechenden Richtlinien dringend gesichtet und im Hinblick auf Diskriminierungspotenzial analysiert werden müssen.

DBB NRW Frauenvertretung: Ankündigungen müssen auch Taten folgen

An der Hauptversammlung der dbb bundesfrauenvertretung nahm auch die DBB NRW Landesfrauenvertretung teil. Deren Vorsitzende **Elke Stirken** zeigte sich erfreut von der Ankündigung des Staatssekretärs. „Wenn Herr Opdenhövel die Gleichstellung von Frauen und

Männern als wichtiges Thema der Landesregierung benennt, hoffe ich, dass den Ankündigungen auch Taten folgen. Also das Thema Beurteilungen ernsthaft in den Fokus genommen wird“, so Stirken am Rande der Tagung.

Auch zur Studie des DBB NRW äußerte sich Elke Stirken: „Die Studie liefert gute Ansätze für ein gemeinsames Konzept, das insgesamt die Beförderungssituation der Frauen in Nordrhein-Westfalen, insbesondere der Teilzeitbeschäftigten verbessern könnte.“

Herr Prof. Michaelis liefere Zahlen, die eine unmittelbare Benachteiligung wegen des Geschlechts, aber auch eine mittelbare wegen des Beschäftigungsumfangs belegten. Ein großes Problem seien die „Köpfe“, da immer noch viele in Stereotypen denken und diese häufig von Beurteilungsrichtlinien bedient würden.

Elke Stirken: Wir brauchen eine andere Kultur!

„Wir brauchen eine andere Kultur. Beurteilungsergebnisse müssen statistisch nach Mann, Frau, Teilzeit, Vollzeit, Telearbeit etc. unterschieden erfasst und öffentlich gemacht werden.“ Das sei eine wichtige Botschaft von Herrn Prof. Michaelis gewesen, meint Elke Stirken. „Das ist ein langer Weg, den wir jetzt endlich gehen müssen!“



© DBB NRW

Prof. Dr. Lars Oliver Michaelis



Super Leistung, kleiner Preis

Autoversicherung mit dbb-Bonus – Kündigungsstichtag 30.11.

Mit der HUK-COBURG fahren dbb-Mitglieder gut und günstig:

Niedrige Beiträge sichern

Im Tarif Kasko SELECT sparen Sie gegenüber der normalen Kasko 20 % Beitrag ein.

25-Euro-Bonus mitnehmen

dbb-Mitglieder, die als Neukunde mit ihrer Autohaftpflichtversicherung zu uns wechseln, erhalten einmalig 25 Euro dbb-Bonus.

Verkehrs-Rechtsschutz

Der Verkehrs-Rechtsschutz ist die optimale Ergänzung zur HUK-COBURG Autoversicherung.

Gleich Angebot abholen

Die Adresse Ihres nächsten Ansprechpartners finden Sie im örtlichen Telefonbuch oder auf www.HUK.de. Oder rufen Sie uns an: 0800 2 153153 – kostenlos aus deutschen Telefonnetzen.

Kündigungsstichtag 30.11.: Jetzt wechseln!

Holen Sie gleich Ihr Angebot ab!

Wir beraten Sie gerne persönlich. Und wenn wir Sie überzeugen konnten, dann wechseln Sie zur ausgezeichneten HUK-COBURG.

dbb Gewerkschaftstag 2017: „Im Dienst der Menschen“

Neuwahlen zur Bundesleitung werden spannend – DBB NRW stark vertreten

Vom 19. bis 21. November 2017 findet der Gewerkschaftstag des dbb beamtenbund und tarifunion unter dem Motto „Im Dienst der Menschen“ in Berlin statt. Von den 630 stimmberechtigten Delegierten wird ein nicht unerheblicher Teil aus Nordrhein-Westfalen kommen. Allein 50 Delegierte stellt der Deutsche Beamtenbund Nordrhein-Westfalen.

Mit Spannung wird die Wahl zum neuen Bundesvorsitzenden erwartet. **Klaus Dauderstädt**, der bisherige Vorsitzende des dbb, kandidiert nicht mehr und es sind bislang zwei Kandidaten bekannt, die sich zur Wahl stellen.

Mit **Ulrich Silberbach** kandidiert ein DBB NRW Ehrenmitglied, langjähriges Mitglied

des Vorstandes im Deutschen Beamtenbund Nordrhein-Westfalen, stellvertretender dbb Bundesvorsitzender und komba Bundesvorsitzender, für das Amt. Auch der andere Kandidat ist ein Nordrhein-Westfale: **Ernst G. Walter**, Bundesvorsitzender der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft.

Neu für das Amt eines stellvertretenden dbb Bundesvorsitzenden kandidiert **Udo Beckmann**, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE). Auch Udo Beckmann ist Ehrenmitglied des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen und ist als Vorsitzender des VBE-Landesverbandes NRW noch immer Mitglied im Hauptvorstand des nordrhein-westfälischen Beamtenbundes. Weitere Kandidaten aus Nord-



Ulrich Silberbach



Ernst G. Walter

rhein-Westfalen stellen sich nicht zur Wahl.

Auf dem Gewerkschaftstag werden nicht nur personelle Entscheidungen getroffen, sondern auch politische Weichen

gestellt. So nehmen die Delegierten im Rahmen der Arbeitstagung die Verantwortung wahr, über Entschließungen und Anträge an den Gewerkschaftstag zu entscheiden.

JK

DBB Stadtverband Solingen formiert sich neu

Daniel Weber (VBE) zum neuen Vorsitzenden gewählt

„Viele Jahre war der Deutsche Beamtenbund in Solingen inaktiv und auf der politischen Landkarte nicht vorhanden“, stellte **Wolfgang Römer**, stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, zu Beginn der konstituierenden Sitzung des Stadtverbandes fest.

„Es ist schön zu sehen, wie motiviert die verschiedenen Fachgewerkschaften hier in der Klingenstadt an die Reaktivierung des Stadtverbandes herangehen“, so Römer weiter. Dass diese Motivation besonders bei der jungen Generation zu verspüren war, zeigte sich



Udo Wegner (Kassierer/komba), Stephan Trunk (stellvertretender Vorsitzender und Schriftführer/komba), Frauke Gärtner (stellvertretende Vorsitzende/komba), Daniel Weber (Vorsitzender/VBE), Wolfgang Römer, Jens Merten (Pressesprecher/VBE) (von links).

© Daniel Weber

deutlich bei den nachfolgenden Vorstandswahlen: Zum Vorsitzenden wurde mit **Daniel Weber** einer der „jungen Wilden“ einstimmig gewählt.

Daniel Weber, der in seiner Rolle als Sprecher des Jungen VBE Solingen auch in überregionalen Gremien sitzt, gab eine klare Zielsetzung an: „Wir wollen die verschiedenen Fachgewerkschaften in unserer Stadt wieder zusammenführen und die Kompetenzen bündeln. Der Blick über den eigenen Tellerrand kann sehr bereichernd sein. Es wäre Verschwendung, wenn wir die vorhandenen Ex-

perten nicht nutzen würden.“ In den Blick nahm Daniel Weber dabei unter anderen zwei Entsandte der komba, die in Solingen mit Abstand die größte Fachgewerkschaft innerhalb des DBB NRW darstellt. Mit **Frauke Gärtner** und **Stephan Trunk** fanden sich so auch schnell engagierte und erfahrene Stellvertretungen, die von der Versammlung ohne Gegenstimmen gewählt wurden.

Dem Vorstand gehören zudem mit **Jens Merten** (Presse, VBE) und **Udo Wegner** (Kasse, komba) zwei weitere Personen mit großem Sachwissen an. ■

DBB Kreisverband Kleve mit 1. stellvertretenden Bürgermeister

Zur Gesamtvorstandssitzung des DBB Kreisverbandes Kleve konnte der Vorsitzende **Willi Fischer** zahlreiche Vorstandsmitglieder der 21 Einzelgewerkschaften begrüßen. Ein besonderer Gruß galt dem Ehrenvorsitzenden **Willy Schnackerz** aus Issum und dem 1. stellvertretenden Bürgermeister **Joachim Schmidt**, welcher neben dem SPD-Ratsmitglied **Heidi Fischer** ein Grußwort sprach.

Im Rückblick berichtete der Vorsitzende über die Arbeit des geschäftsführenden Vorstands. Themen waren unter anderem

das Dienstrechtsreformgesetz, das Pensionfondgesetz und die Bürgerversicherung. In der anschließenden Diskussion kamen die Themen demografischer Wandel und Entwicklung, die Situation der Lehrerschaft sowie die Barrierefreiheit von öffentlichen Gebäuden und von Software zur Sprache.

Auch der Gewerkschaftsarbeit steht ein demografischer Wandel bevor. Deshalb sollen schon frühzeitig junge Kolleginnen und Kollegen für dieses Ehrenamt gewonnen werden. ■



Max Arntz, Karl-Heinz Straeten, Hans-Karl Ganser, Heidi Fischer, stellvertretender Bürgermeister Joachim Schmidt, Willi Fischer, Dietmar Leimann, Klaus Angenheyster, Aloys van Heukelum, Uwe Fengels, Willy Schnackerz und Reinhard Boeing (von links)

Versprochen ist versprochen!



Keine Sorge:

Wir sorgen schnell wieder für festen Boden unter den Rädern.

Versicherungen versprechen vieles. Hand aufs Herz: wir auch. Aber wir versprechen nichts, was wir nicht auch halten. Denn überzeugte und zufriedene Kunden sind unser Hauptantrieb. Überzeugen Sie sich selbst. **GVV. Gewachsen aus Vertrauen.**



www.gvv.de/kfz-versprechen

GVV-Privatversicherung AG – Aachener Straße 952–958 – 50933 Köln
Eine Tochtergesellschaft der GVV-Kommunalversicherung VVaG

Herausgeber: Deutscher Beamtenbund Nordrhein-Westfalen, Ernst-Gnoß-Straße 24, 40219 Düsseldorf.
 Roland Staudé (Vorsitzender). **Telefon:** 0211.491583-0. **Telefax:** 0211.491583-10.
E-Mail: redaktion@dbb-nrw.de. **Internet:** www.dbb-nrw.de.
Chefredakteur: Joachim Klein (JK).
Redaktion: Johanna Muschalik (JM).
Bildredaktion: Tanja Henze.
Redaktionsschluss: am 15. jeden Monats.
Hinweis: Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.
Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des dbb beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag. Für Mitglieder des Deutschen Philologenverbandes ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Verlag: dbb verlag gmbh. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.
Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern.
Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Anzeigentarif Nr. 39, gültig ab 1.10.2016. **Ständige Beilage:** dbb magazin. ISSN 1438-2989

Postvertriebsstück G 6051 • Deutsche Post AG „Entgelt bezahlt“

Bundestagswahlen 2017: Spannende Diskussionsrunde beim DBB Düsseldorf

Resümee der Teilnehmer: Debatte war hart aber immer fair

Zu einer Diskussionsrunde mit den Bundestagskandidaten **Thomas Jarzombek** (MdB, CDU), **Andreas Rimkus** (MdB, SPD), **Angela Hebeler** (Bündnis 90/Die Grünen), **Sebastian Rehne** (FDP) und **Helmut Born** (DIE LINKE) hatte der DBB Düsseldorf in den Bürgersaal in Bilk eingeladen.

Die Diskussionsrunde moderierten Petra Reichling und **Joachim Klein** vom Vorstand des Deutschen Beamtenbundes, Stadtverband Düsseldorf. Schnell wurden die unterschiedlichen Positionen deutlich.

Während die Vertreterin von Bündnis 90/Die Grünen beispielsweise nach wie vor an den bekannten Standpunkten ihrer Partei zur Frauenförderung festhielt und der Vertreter der Partei DIE LINKEN die Bürgerversicherung propagierte, hielten die Kandidaten von CDU und FDP dagegen. Alle verurteilten die zunehmende Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst; der Vertreter der SPD lobte ausdrücklich die Aktion der dbb jugend nrw hierzu.

Die Themen Digitalisierung und Bildung nahmen einen breiten Raum bei der Diskussionsrunde ein. Hier engagierten sich vor allem die Kolleginnen und Kollegen, die sich aktiv mit vielen Fragen an die Politiker in die Diskussion einbrachten. ■



Thomas Jarzombek (MdB, CDU), Joachim Klein (DBB Düsseldorf), Sebastian Rehne (FDP) Angela Hebeler (Grüne), Helmut Born (Linke) und Andreas Rimkus (MdB, SPD) (von links)

© DBB Düsseldorf

dbb jugend nrw trifft neuen Chef der Staatskanzlei



Mit dem neuen Chef der Staatskanzlei **Nathanael Liminski**, hatte die dbb jugend nrw ein erstes Treffen. Landesjugendleiter **Moritz Pelzer** nutzte gemeinsam mit seinem Stellvertreter **Marcel Huckel** die Gelegenheit, um auf die Dringlichkeit des Themas „Gewalt gegen Beschäftigte“ aufmerksam zu machen und konkrete Ideen anzustoßen. Außerdem noch auf der Agenda: Attraktivität des öffentlichen Dienstes.

© dbb jugend nrw